

**ÖSTERREICHISCHE STELLUNGNAHME  
ZUM ENTWURF DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR EINE  
ÜBERARBEITUNG DER ALLGEMEINEN GRUPPENFREISTELLUNGS-VO  
VO (EU) NR. 651/2014 VOM 17.6.2014**

**I. GRUNDSÄTZLICHE ANMERKUNGEN:**

Unter Bezugnahme auf den ersten Beratenden Ausschuss Ende Mai 2016 begrüßen die österreichischen Behörden die Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung VO (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.6.2014 (AGVO).

Österreich bedankt sich dafür, dass die Europäische Kommission (EK) für Herbst 2016 einen zweiten Beratenden Ausschuss mit den Mitgliedsstaaten (MS) angesetzt hat.

Die österreichischen Behörden ersuchen die EK, die Gelegenheit der Überarbeitung zu nützen, um nicht nur die von der EK vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere für die Subventionierung von regionalen Flughäfen und Seehäfen, umzusetzen, sondern auch Verbesserungsvorschläge für die Praktikabilität der Förderungsabwicklung, insbesondere für die Förderungen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten entsprechend vorzunehmen.

**II. ANMERKUNGEN IM DETAIL**

Die österreichischen Behörden ersuchen die Europäische Kommission um folgende Ergänzungen:

## **II.1. „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Kontext der Förderung von Forschung und Entwicklung, sowie der Kulturförderung:**

Art. 1, Abs. 4, lit. c) der AGVO Nr. 651/2014 schließt Beihilfen an „Unternehmen in Schwierigkeiten“ generell aus, ausgenommen Beihilfen zur Bewältigung der Folgen von bestimmten Naturkatastrophen.

Art. 2, Abs. 18 der AGVO legt die Definition für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ fest.

Die österreichischen Behörden unterstützen den dahinter stehenden Leitgedanken, dass Beihilfen um ein unrentables Unternehmen künstlich auf einem Markt zu halten, den Wettbewerb per se in einer unverhältnismäßigen Weise verzerren. Derartige Beihilfen sind mit dem gemeinsamen Markt gemäß Art 107, Abs. 3, lit. c) AEUV in der Regel unvereinbar. Die Judikatur der Gerichte der EU bestätigt diesen Leitgedanken.<sup>1</sup>

Allerdings handelt es sich bei der relevanten Judikatur um Beihilfen für die Bereitstellung von technisch ausgereiften Waren und Dienstleistungen (DL), die ein funktionierender Markt grundsätzlich in ausreichender Form erbringt oder erbringen würde.

Bei der **Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten** handelt es sich jedoch um **Beihilfen für die Entwicklung von Produkten und DL, jedenfalls noch nicht Marktfähig bzw. Marktreif sind.**

Für Forschung und Entwicklung gibt es grundsätzlich (in Österreich) keinen funktionierenden Markt, der ohne Beihilfe, die erforderliche Forschung und Entwicklung in ausreichender Weise bereitstellen würde. Eine Verzerrung eines funktionierenden Marktes ist sohin per se nicht gegeben.

---

<sup>1</sup> Vgl in diesem Sinne EuGH RS 62/87 und 72/87, Exécutif régional wallon/EK, RN 29 ff; EuGH RS C-301/87, Frankreich/EK, Rn 50; EuGH Rs 86/89, Italien/EK, RN 18; EuGH RS C-278/95, Siemens/EK RN 18; EuGH RS C-288/96, Deutschland/EK, RN 77; EuG RS T-459/93, Siemens/EK, RN 48; EuG RS T-177/10, Alcoa Trasformazioni/EK, RN 92.

Die sehr genauen Definitionen für „Grundlagenforschung“, „industrielle Forschung“ und „experimentelle Entwicklung“ gemäß Art. 2, Abs. 84-86 der AGVO Nr. 651/2014 stellen jedenfalls sicher, dass nur die Forschung und Entwicklung von Produkten und DL gefördert wird, die **nicht Marktreif** sind.

Eine **generelle Ausnahme der Beihilfen für Forschung und Entwicklung** gemäß Abschnitt 4 der AGVO, insbesondere vor allem gem. Art 25 der AGVO Nr. 651/2015 vom bürokratisch aufwendigen Prüf- und Ausschlusskriterium eines „Unternehmens in Schwierigkeiten“ gemäß Art.1 Abs. 4, lit. c) AEUV ist daher **EU-beihilferechtlich rechtfertigbar** und ist **für die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandorts Europas dringend erforderlich**.

Ebenso handelt es sich bei **Kultur und bei der Erhaltung des kulturellen Erbes, sowie bei kulturellen Filmen** um Dienstleistungen für die es grundsätzlich keinen funktionierenden Markt (in Österreich) gibt.

Die österreichischen Behörden ersuchen daher die EK in Art. 1, Abs.4, lit. c) AGVO folgende Klarstellung vorzunehmen.

*Art. 1, Abs.4: „Diese Verordnung gilt nicht für:*

*lit. c) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten, ausgenommen Beihilferegeln zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, **Beihilferegeln für Forschung und Entwicklung gemäß Abschnitt 4, insbesondere gemäß Artikel 25 und Beihilferegeln für Kultur und den Erhalt des kulturellen Erbes gemäß der Artikel 53 und 54.***

## **II.2. Beihilfen für Unternehmensneugründungen:**

Artikel 22, Absatz 2 der AGVO Nr. 651/2014 sieht eine spezielle Definition für Beihilfen für Unternehmensneugründungen vor.

*„Beihilfefähig sind nicht börsennotierte kleine Unternehmen, deren Eintragung ins Handelsregister höchstens **fünf Jahre** zurückliegt, die noch*

*keine Gewinne ausgeschüttet haben und nicht durch einen Zusammenschluss gegründet wurden."*

Diese spezielle Definition für Start-ups ist enger gefasst als die allgemeine KMU Definition.

Nach dem allgemeinen Rechtsgrundsatz *lex specialis derogat legi generali*, eine spezielle Regelung geht der allgemeinen Regelung vor, interpretieren die österreichischen Behörden:

Diese speziellen kleinen Unternehmen gem. Art. 22, Abs. 2 AGVO Nr. 651/2014 sind generell innerhalb der ersten 5 Jahre nach Eintragung ins Handelsregister nach Art. 22 AGVO förderfähig. Eine gesonderte Prüfung für KMU nach 3 Jahren, wie sie in Art. 2, Abs. 18, lit. c) der AGVO vorgesehen ist, ob sich um ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ handelt, sollte daher für kleine Unternehmen, die die speziellen Kriterien des Art. 22, Abs. 2 der AGVO erfüllen, **innerhalb der ersten 5 Jahre** nicht erforderlich sein.

Aus Gründen der Rechtssicherheit ersuchen die österreichischen Behörden um rechtliche Klarstellung ebenfalls entweder in Art. 1, Abs. 4, lit. c):

*Art. 1, Abs.4: „Diese Verordnung gilt nicht für:*

*lit. c) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten, ausgenommen Beihilferegeln zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, **Unternehmensneugründungen gemäß Art. 22, Abs. 2, Beihilferegeln für Forschung und Entwicklung gemäß Abschnitt 4, insbesondere gemäß Art 25 und Beihilferegeln für Kultur und den Erhalt des kulturellen Erbes gemäß der Art. 53 und Art. 54.***

Als Alternative könnte die Ausnahme für Unternehmensneugründungen gemäß Art. 22, Abs. 2 der AGVO auch direkt in der Begriffsdefinition in Art. 2, Abs. 18, lit. a) und lit. b) entsprechend eingefügt werden.

Neben den Ausführungen zu den Ausnahmen vom Prüfkriterium für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ gibt es noch in der **Anlage angefügt weitere Anmerkungen zum Abschnitt „Forschung, Entwicklung und Innovation“** von der österreichischen Abwicklungsstelle für Forschungs- und Entwicklungsförderungen.

### **II.3. Anhebung der Schwellwertgrenzen für die Notifikationsverpflichtungen:**

Die österreichischen Behörden begrüßen den Vorschlag der Europäischen Kommission die Schwellwertgrenzen für die Notifikation gemäß Art. 108, Abs. 3 AEUV für bestimmte Beihilfekategorien entsprechend weiter zu erhöhen.

Vor allem wird die Anhebung des Grenzwertes für Beihilfen an Kultur und zum Erhalt des kulturellen Erbes begrüßt.

### **III. SCHLUSSBEMERKUNG:**

Die österreichischen Behörden unterstreichen nochmals die herausragende Bedeutung der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, sowie die Wichtigkeit der Förderung der kulturellen Vielfalt und des Erhalts des kulturellen Erbes und ersuchen um entsprechende Berücksichtigung der gemachten Änderungs- und Ergänzungsvorschläge.

Österreich behält es sich vor, im Rahmen des zweiten Beratenden Ausschusses im Herbst 2016, eventuell auch noch zu anderen Punkten Stellung zu beziehen.